



Der Immobilienhai – (noch) ein Disruptor politischer Geographie

Dr. Klaus Olshausen

Januar 2026

Zusammenfassung

Der Immobilienhai, der seiner Dynastie so manches Grundstück erpresserisch hinzugefügt haben mag, erklärt jetzt die „westliche Hemisphäre“ zum amerikanischen Besitz und will sich den Kontinent Nordamerika territorial aneignen. Außer „Raffgier“ sind seine Gründe für den Besitz Grönlands nicht überzeugend. Seine NSS enthält keinerlei Anhaltspunkte, die vielen Schiffe Chinas und Russlands sind nicht zu sehen, Vereinbarungen mit Dänemark könnten schnell erweitert werden, und seit seiner ersten Präsidentschaft gibt es ein NATO HQ Atlantik, mit dem sich vieles zusammenführen und erweitern ließe. Für die anderen NATO- und EU-Staaten kommt es darauf an, praktische Maßnahmen zur Verteidigung in der Arktis zügig zu verstärken – auch für den „Golden Dome“, entscheidende Gespräche der USA mit Grönland und Dänemark zu erreichen sowie wirksame Schritte gegen die Strafzölle mit geopolitischer Zielsetzung entscheiden – all dies in der Erkenntnis fortbestehender Abhängigkeiten von den USA. Also eine Doppelstrategie: mit einer gemeinsamen Antwort der EU auf die Strafzölle und raschen Schritten für eine wirkungsvollere Verteidigung der Arktis und Grönlands als Bündnis mit den USA. Ergebnis offen!

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Nach dem 17.01.26 braucht es keine Erklärung, wer mit diesem Titel gemeint ist. Man fragt sich, wie viele riesige Grundstücke Trump und seine Dynastie auf solch erpresserische Art und Weise ihren Pfründen schon als Unternehmer hinzugefügt haben. Denn diese Art des Vorgehens lernt man nicht als Präsident einer „Großen Macht“. Donald Trump hat die „westliche Hemisphäre“ zum amerikanischen Besitz, nicht nur zu „Einflussbereichen“ alter Art, bestimmt. Er will sich den Nordamerikanischen Kontinent territorial aneignen. Und dies geht weit über das hinaus, was ihm seine Mitarbeiter in der „National Security Strategy“ (NSS) aufgeschrieben haben.

Für ihn ist selbst ein fremdes Land, ein Territorium, offensichtlich eine strategische „acquisition and investment opportunity“. Was er für den privaten Sektor in der westlichen Hemisphäre fordert, nimmt er auch als Regierungschef in Anspruch, um mehr Territorium Nordamerikas zum Eigentum der USA zu machen.

Alles, was Trump als Begründung für seine „Raffgier“ anführt, dass er (die USA) Grönland braucht aus Gründen der nationalen Sicherheit, ist in mehrfacher Hinsicht nicht überzeugend.

Erstens haben die USA vor wenigen Wochen ihre NSS vorgelegt. Man sollte annehmen, dass eine Gefahr oder gar Bedrohung, die für Trump die völkerrechtswidrige Besitzergreifung – selbst mit militärischen Mitteln gegen Verbündete – unvermeidbar macht, in diesem Dokument erkennbaren Niederschlag findet. Weit gefehlt, weder wird die Insel und ihre Bedeutung für die Sicherheit selbst erwähnt, noch kommen sicherheitspolitisch bedeutende Entwicklungen in der Arktis zur Sprache.

Zweitens sind seine Schilderungen, wonach große Zahlen chinesischer und russischer Schiffe sich rund um die Insel tummeln, durch keinerlei sachliche Berichterstattung gedeckt.

Drittens bestehen zwischen den USA und Dänemark Vereinbarungen, ja Verträge, über militärische und andere amerikanische Einrichtungen, die der Sicherheit der NATO wie der USA dienen. Diese können als Grundlage dienen, zügig Gespräche über weitere, umfassende Maßnahmen zu beginnen, die die Präsenz amerikanischer Streitkräfte gezielt erhöhen, um Überwachung, Aufklärung und Abwehrfähigkeit gegen mögliche Bedrohung durch russische oder chinesische Einsätze zur See oder in der Luft zu erhöhen und diesen mit geeigneten Mitteln entgegenzutreten.

Viertens hat die Allianz bereits während der ersten Präsidentschaft von Präsident Trump seit 2019 das operative Hauptquartier JFC Norfolk geschaffen, das inzwischen die operative Verantwortung für den gesamten Nordatlantik von Finnland bis Amerika trägt. Wenn Allianzen gemäß der NSS besonders wichtig sind, dann bietet sich hier die Möglichkeit, die Verstärkung des Schutzes im und über dem Nordatlantik mit den Verbündeten auch für die USA zu organisieren.

Dass Trump die Präsenz von Soldaten europäischer Staaten in Grönland, die sich den Anforderungen dieser Aufgaben widmen sollen, beschimpft und verurteilt, zeigt erneut, dass es ihm nicht um Aufbau gemeinsamer Sicherheit geht. Und die Ankündigung von Strafzöllen gegen die beteiligten Staaten unterstreicht erneut, dass seine Zollpolitik nicht dem Ausgleich von Handelsungleichgewichten dient, sondern er sie gezielt als Waffe sogar zur Durchsetzung territorialer Ziele benutzt.

In dieser Lage haben die Grönländer, für die Trump nur abschätzige Bemerkungen findet, klar und überzeugend geäußert, dass sie nicht käuflich sind und dass sie nicht Amerikaner werden wollen, sondern am besten unab-



hängig werden wollen. Für alle anderen NATO- und EU-Staaten wird es in dieser Lage auf wichtige Punkte ankommen.

Erstens müssen in der NATO alle Mitgliedstaaten gemeinsam mit der NATO-Kommandostruktur daran mitarbeiten, die im strategischen Konzept betonte Wichtigkeit der Verteidigung in der Arktis und im Nordatlantik mit praktischen Vorhaben und Maßnahmen voranzutreiben. Dazu sollte auch die Erörterung aller Maßnahmen gehören, die die USA auf der Insel für den Aufbau des „Golden Dome“ vorschlagen.

Zweitens wird es wichtige Gespräche und Verhandlungen der USA mit Dänemark und Grönland geben müssen, um die Forderungen der USA unter Beachtung der Souveränität Grönlands und Dänemarks voranzubringen. Hierbei wird es darauf ankommen, dass alle europäischen NATO-Staaten und die EU mit ihren Mitgliedstaaten unterstreichen, dass sie die Beachtung der Souveränität zur Grundlage aller gemeinsamen Schritte machen.

Drittens muss die EU gemeinsam gegen Trumps Androhung von Strafzöllen – zurzeit gegen acht Mitgliedstaaten und UK (?) – vorgehen. Dabei muss klar sein, dass die Souveränität der nüchterne Schlüssel ist und bleibt und kein emotionaler Anti-Trumpismus oder -Amerikanismus die Feder führen sollte. Aber der EU, nun auch den NATO-Europäern, drohen nach den langanhaltenden Spaltungsanstrengungen durch Putins Russland jetzt solche Anstrengungen auch von der anderen Seite des Atlantiks.

Viertens trifft die geäußerte Festigkeit gegen die Grönland- und jetzt Zolldrohung Trumps auf die weiter bestehende Abhängigkeit der Europäer von Amerika in allen Fragen zur Unterstützung der Ukraine und bei Aktivitäten für einen Waffenstillstand sowie zusätzlich in entscheidender Weise bei der Verstärkung der kollektiven Verteidigung und glaubwürdigen Abschreckung gegen das aggressive Russland.

Für EU und NATO-Europa kommt es jetzt darauf an, jeweils die eigenen Handlungsfelder wirkungsvoll ins Spiel zu bringen. Einmal wird das EU-Parlament die Zollvereinbarung nicht billigen und klarmachen, dass Zölle gegen acht EU-Staaten eine Antwort der gesamten EU finden muss und wird. Zum anderen müssen die Europäer in der NATO eine wirkungsvolle gemeinsame Verteidigung Grönlands und der Arktis als Bündnis mit den USA vorschlagen und voranbringen. Ob das ausreicht, die Immobilienbesitzgier Trumps in Verbindung mit den erkennbaren Gegenstimmen in den USA (z.B. bei der Münchener Sicherheitskonferenz) selbst zu zügeln, bleibt offen, muss aber versucht werden.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen